

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 20/2648



**Philologenverband  
Schleswig-Holstein e.V.**  
Berufsverband der  
Gymnasiallehrerinnen und -lehrer  
in Schleswig-Holstein

Muhliusstraße 65, 24103 Kiel  
Geschäftszeiten: Do. 14:00 - 19:00  
Telefon 0431 / 8 19 40  
E-Mail [info@phv-sh.de](mailto:info@phv-sh.de)  
Web [www.phv-sh.de](http://www.phv-sh.de)

Dr. Barbara Langlet-Ruck  
Vorsitzende

Kiel, 21.01.2024

Herrn  
Jan Kürschner  
Vorsitzender des Innen- und Rechtsausschusses

via E-Mail: [innenausschuss@landtag.ltsh.de](mailto:innenausschuss@landtag.ltsh.de)

**Umsetzung des Landesaktionsplans gegen Rassismus**  
Bericht der Landesregierung – Drucksache 20/1319

Ihr Schreiben vom 08. November 2023

Kiel, 21. Januar 2024

Sehr geehrter Herr Kürschner,

der Philologenverband Schleswig-Holstein bedankt sich für die ihm eingeräumte Möglichkeit, sich zur Umsetzung des Landesaktionsplans gegen Rassismus der (Drucksache 20 / 1319) zu äußern.

Zunächst ist von unserer Seite festzuhalten, dass wir als Vertretung der Lehrkräfte an Gymnasien und Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe das politische Vorhaben der Landesregierung, Rassismus in seinen leider vielfältigen Erscheinungsformen konsequent und wirkungsvoll zu bekämpfen, uneingeschränkt unterstützen. Diese Unterstützung ergibt sich aus unserem

Verständnis unserer staatsbürgerlichen Pflichten, unserem pädagogischen Auftrag und unserem gesellschaftlichen Auftrag.

Insofern beziehen sich die wenigen punktuellen kritischen Anmerkungen auf die Teile des Berichts, die einen Bezug zur pädagogischen Arbeit erkennen lassen, da wir nur für diese Aspekte ein Mandat haben.

- (1) Bei der schon erwähnten grundsätzlichen Unterstützung des Landesaktionsplans sehen wir die Gefahr, dass die geplanten Maßnahmen nicht frei von einem plakativen Aktionismus sind. So ist unseres Erachtens die Vergabe von Kugelschreibern und Fahrradsitzbezügen zwar Ausdruck richtiger Gesinnung, aber deswegen noch kein geeignetes Instrument zur Bekämpfung von Rassismus im Alltag.
- (2) Die Beiträge des Landesbeauftragten für Politische Bildung zur Rassismusbekämpfung verdienen sicherlich Unterstützung. Es wäre allerdings angemessen, wenn seine demokratiefördernden Bemühungen sich neben dem Rechtsextremismus (dort explizit und ausschließlich erwähnt) auch auf den Linksextremismus bezögen. Dass beide Formen des Extremismus bekämpft werden sollten, machen nicht zuletzt regelmäßige Gewaltaktionen in Städten wie Hamburg, Berlin, Leipzig ... deutlich.
- (3) Die vorgesehene Berichtspflicht der Schulen über rassistische Vorfälle, wie sie in dem Aktionsplan vorgesehen ist, stellt eine zusätzliche Belastung für Schulleitungen dar. Dies ist in einer Zeit, in der alle politischen Kräfte um Entlastung der Lehrkräfte und Schulleiter bemüht sind, zu vermeiden. Schulen haben die Instrumente und gesetzlich verankerten pädagogischen Möglichkeiten, Rassismus innerhalb ihrer Schulen entgegenzuwirken.
- (4) Maßnahmen zur „Sensibilisierung“ der Lehrkräfte für Rassismus halten wir für überflüssig, da den Lehrerinnen und Lehrern aufgrund ihrer Ausbildung, ihrer pädagogischen Verantwortung und ihren Informationsmöglichkeiten hinreichend Erkenntnisvermögen und pädagogische Handlungsmöglichkeiten unterstellt werden darf.
- (5) Ausdrückliche Anerkennung findet das Bemühen der Landesregierung, den zunehmenden Antisemitismus in unserer Gesellschaft wirkungsvoll zu bekämpfen. Hier unterstützen wir die vorgesehenen Maßnahmen, aber auch die Förderung von Lehrer- und Schülerreisen nach Israel.
- (6) Eine kleine Anmerkung zum Schluss: Wenn die Bildungsministerin (durchaus mit unserer Unterstützung) eine mit Genderanspruch veränderte Rechtschreibung bekämpft und Lehrkräfte anhält, entsprechende Korrekturen in Schülerarbeiten vorzunehmen, sollte ein Text der Landesregierung (Punkt 12) nicht einen Doppelpunkt innerhalb eines Wortes enthalten ...

Mit freundlichem Gruß

Dr. Barbara Langlet-Ruck  
Vorsitzende

Walter Tetzloff  
Pressesprecher